

Gewerkschaften und Rechtsextremismus

Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften

Michael Fichter, geb. 1946, Dr., ist wissenschaftlicher Angestellter am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin. Seit 1996 ist er Mitarbeiter in der Arbeitsstelle Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik. Schwerpunkte seiner Lehre und Forschung in den letzten Jahre sind die Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa sowie globale Arbeitsstandards.

Jochen Gester, geb. 1951, ist Politologe und Mitglied des Arbeitskreises Internationalismus der IG Metall Berlin. Er war früher Informationselektroniker und ist heute als freiberuflicher Journalist und Mediengestalter tätig.

Joachim Kreis ist Diplom-Politologe mit vielfältigen Erfahrungen in empirischer Sozialforschung und praktischer Politik. Gegenwärtig ist er unter anderem Projektmitarbeiter am Otto-Stammer-Zentrum und arbeitet in der Erwachsenenbildung.

Richard Stöss, Dr., ist Professor für Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Seine hauptsächlichen Arbeitsgebiete sind Parteien, Wahlen, politische Einstellungen und Rechtsextremismus.

Bodo Zeuner, geb. 1942, Prof. a.D. für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Forschung und Lehre zur Gewerkschaftspolitik, zu politischen Parteien und zur politischen Bildung. Sprecher des Forschungsteams der Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Da-
ten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2007
© 2007 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster
Alle Rechte vorbehalten
Lütke Fahle Seifert AGD, Münster
Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem Papier
ISBN 978-3-89691-590-0

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	8
1. Kapitel: Die Krise der Gewerkschaften, der Arbeiterbewegung, der kollektiven Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden – in Deutschland und darüber hinaus	12
Ökonomische Globalisierung	15
Ende des Fordismus und soziale Flexibilisierung	16
Ende der politischen Arbeiterbewegung	17
Für Deutschland gilt das alles zugespitzt – Ängste vor Abstieg und Verlust	18
2. Kapitel: Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Deutungen der Krisensituation im Bewusstsein der Gewerkschaftsmitglieder und der Bevölkerung – zentrale Ergebnisse unserer Untersuchung	27
(1) Das rechtsextreme Potential bei Mitgliedern und Unorganisierten	30
(2) Die Bedeutung politischer Wertorientierungen für die Anfälligkeit gegenüber dem Rechtsextremismus	35
Libertäre und autoritäre Orientierungen	35
Funktionäre, aktive und passive Mitglieder	38
(3) Existenz und Anschlussfähigkeit rechter Deutungen im Bewusstsein der Gewerkschaftsmitglieder	40
3. Kapitel: Rechtsextremismus aus der Mitte der Gewerkschaft?	50
4. Kapitel: Unter falscher Flagge – Die Entdeckung der „sozialen Frage“ durch den organisierten Rechtsextremismus	58
NPD-Propaganda mit linken Parolen	58
Globalisierungskritik bei den Rechtsextremen	60
Woran kann man sie erkennen?	66

5. Kapitel: Ein sozialistisches Selbstverständnis immunisiert nicht gegen den Rechtsextremismus	69
6. Kapitel: Abnehmende und verfehlte Deutungsmacht der Gewerkschaften	77
7. Kapitel: Die Abwehrstoffe gegen Rechtsextremismus	90
Demokratisch-partizipatorische Orientierung als Abwehr	91
Abwehrstoffe im gewerkschaftlichen Überzeugungssystem	94
8. Kapitel: Was tun? – Einige Vorschläge zur gewerkschaftlichen Diskussion	96
Auf die Deutung kommt es an	98
Auf welche gewerkschaftlichen Zielgruppen wirkt der Rechtsextremismus besonders anziehend?	100
Es gibt keine arbeitsweltspezifische „Light“-Version des Rechtsextremismus	101
Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfordert breite zivilgesellschaftliche Allianzen	102
Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird nur als Mainstream-Thema Erfolg haben	103
Eine klare Werteorientierung stärkt die Abwehrkraft gegen Rechts	106
Die Stärkung der Mitgliederpartizipation baut Dämme	110
Keine Entpolitisierung zulassen und die selbständige Urteilsbildung fördern	111
Die Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit ist eine Perspektive als Ansatz gegen die Internationalisierung des Kapitals und den Unterbietungswettbewerb	113
9. Kapitel: Aktiv gegen Nazis – Drei Erfahrungsberichte	115
10. Kapitel: Literaturtipps	138
Anmerkungen	141

Vorwort

Mit dieser Schrift wenden wir uns an alle politisch Interessierten, vor allem aber an aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und an Menschen, die in der politischen Bildungsarbeit tätig sind. Präsentiert werden Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Diskussionsbeiträge zu einer Studie über Gewerkschaften und Rechtsextremismus, die in der medialen und gewerkschaftlichen Öffentlichkeit große Resonanz gefunden hat, bis hin zu einem Beschluss des Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vom Mai 2006 (Beschluss B 006). Die wissenschaftliche Untersuchung wurde von vier der fünf Autoren zwischen 2002 und 2004 durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung gefördert. Die Langfassung der Studie ist im Netz unter [www. polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm](http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm) publiziert.

Wir danken den fördernden Stiftungen sowie den vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die mit uns Diskussionen und Gespräche zum Thema geführt haben. Wir danken ferner Dr. Günter Pollach für die wissenschaftliche Mitwirkung in der ersten Projektphase, dem ver.di-Kollegen Kaspar Loeben für die Mithilfe bei der Erstellung der Literaturlisten und Dipl.-Pol. Anne Sander für die erneute Hilfe bei der Korrektur des Textes. Schließlich möchten wir uns auch bei allen Kolleginnen und Kollegen, die uns Bilder für die Illustration des Textes zur Verfügung gestellt haben, noch einmal recht herzlich bedanken.

Berlin, Februar 2007

Bodo Zeuner
Jochen Gester
Michael Fichter
Joachim Kreis
Richard Stöss

Abschottung der „Wohlstandsinsel“ Deutschland orientiert ist. Durch eine in diese Richtung verstärkte Internationalisierung, die sich nicht in Vorstandsdiplomatie erschöpft, sondern zur Querschnittsaufgabe der Organisation wird und die Mitgliederorientierung verändert, könnten die europäischen Gewerkschaften neue Kraft entwickeln, ihre Schutzaufgaben zu lösen und damit gleichzeitig dem Rechtsextremismus Wind aus den Segeln nehmen.

Dies setzt allerdings voraus, dass die Europäisierung der Gewerkschaften nicht in einen Euro-Nationalismus und Euro-Korporatismus samt verschärfter Konkurrenz und festungsartiger Abschottung gegenüber der übrigen Welt mündet, wie sie im Lissabon-Dokument von 2000 formuliert ist. Danach sollte Europa bis 2010 zum absoluten Weltmeister werden, „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“. Statt auf ein Überleben in einem sozial zerstörerisch wirkenden neoliberalen Wettbewerb zu setzen, wären Gewerkschaften gut beraten die Chance zu ergreifen ihre Europäisierung als Lern- und Entwicklungsschritt zur Ausweitung ihrer bisher national beschränkten Solidarität zu gestalten. Dann wäre Europäisierung nur eine Zwischenstufe zum Aufbau von Strukturen weltweiter Solidarität der auf abhängige Arbeit angewiesenen Menschen. Der bisher eindrucksvollste Versuch einer Europäisierung gewerkschaftlicher Kämpfe war der Kampf der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) gegen die von der EU-Kommission geplante „Hafenrichtlinie“, durch die geschützte Arbeitsverhältnisse in den europäischen Großhäfen aufgehoben und durch prekarierte Formen der Entlohnung ersetzt werden sollten. Den europäischen Mitgliedsorganisationen des ITF gelang es durch koordinierte Arbeitskampfaktionen mit Demonstrationen, Streiks und langdauernden Betriebsversammlungen das Vorhaben zu vereiteln.

Dass Nationalisten altmodisch, kleingeistig und deshalb auch wenig erfolgstüchtig sind, ist ein starkes Argument gegen Rechtsextremismus. Gewerkschaften können es um so mehr nutzen, je deutlicher sie verbal und je glaubwürdiger sie real internationalistisch handeln. Das ist unsere zwölfte und letzte Empfehlung.

9. Kapitel: Aktiv gegen Nazis Drei Erfahrungsberichte

Angelo Lucifero – Landesfachbereichsleiter des Fachbereichs Handel im ver.di-Landesbezirk Thüringen

Angelo, du stehst als Person für die Verbindung von Antifaschismus und gewerkschaftlichen Überzeugungen. Ist diese Verbindung heute brüchig geworden oder war sie nie selbstverständlich?

Meines Erachtens, nachgewiesen durch meine persönlichen Erfahrungen seit 1969, ist Antifaschismus keine allgemeine Selbstverständlichkeit in den Gewerkschaften. Es war ja auch in der Weimarer Republik nicht selbstverständlich. Damals wie heute gibt es eine Menge GewerkschafterInnen, insbesondere Jugendliche, die sich engagiert gegen Rassismus, Antisemitismus und Nazismus wehren. Aber sowohl die Mehrheit der Mitglieder als auch der Hauptamtlichen schauen weg.

Meines Erachtens sind folgende Grundhaltungen dafür verantwortlich: *Sündenbockideologie*. Nämlich statt die Ursachen zu bekämpfen und die Verhältnisse zu verbessern, werden Minderheiten als Täter diskriminiert. Beispielsweise sind in Thüringen 58 Prozent der BürgerInnen der Meinung, dass die Ausländer schuld an der Massenarbeitslosigkeit sind, und das bei nur etwa 6.000 ArbeitsemigrantInnen in diesem Land.

Sozialneid. Sozialneid wendet sich nach Oben und Unten. Beispielsweise gegen den Arbeiter, der, damit er überhaupt leben kann, auch Billiglohnjobs annimmt, und das sind auch viele Deutsche, und gegen das Ausland, wo sich interessanterweise das Arbeitseinkommen in den letzten Jahren wesentlich verbessert hat, während es hier gesunken ist.

Und *Stellvertreterbewusstsein und Obrigkeitshörigkeit*. Nämlich der Irrglauben, dass die Regierung, die Partei, die Gewerkschaft ohne eigenes Engagement etwas verbessern kann oder will.

Die rassistische Haltung ist bei Gewerkschaftsmitgliedern schon immer vorhanden. Und das, obwohl die Nichtdeutschen sich am stärksten bei Arbeitskämpfen beteiligen und den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben. Die ArbeitsemigrantInnen hatten in den 70er Jahren einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von ca. 50 Prozent. Er ist aktuell zwar gesun-

ken, aber im Verhältnis zu den InländerInnen nach wie vor wesentlich höher.

Der Organisationsgrad ist bei den Türken und den Griechen besonders hoch: Rund 45 Prozent der Arbeitnehmer dieser Nationalitäten sind in einer DGB-Gewerkschaft. Bei Spaniern und Italienern sind es je 41 Prozent, bei den Portugiesen 35 Prozent, bei den Jugoslawen 32 Prozent.

Im Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB heißt es in einem Redebeitrag von dir, auch dein Aufenthalt in Deutschland sei nur für fünf oder sechs Jahre geplant gewesen, nun, es war das Jahr 2000, konntest du schon auf 27 Jahre zurückblicken, in dem du dem DGB Ärger machst. Auch ist dort zu erfahren, dass du die italienische Staatsbürgerschaft besitzt. Haben dich die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Arbeit in Thüringen dazu motiviert, dich gegen die Wiederauferstehung des braunen Ungeistes zu exponieren oder bist du schon durch Elternhaus und Jugend in Italien vorgeprägt?

Mein Widerstandsbewusstsein verdanke ich meinem Vater, der sich gegen den Faschismus gewehrt hat und mir immer vermittelt hat, dass man als Mensch keine Nation kennen darf, sondern ein Zuhause, das die Würde der Menschen achtet. Dieses Bewusstsein habe ich sehr verinnerlicht. Deshalb habe ich mich schon als Schüler und Azubi gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus gewehrt. Die Erfahrungen in Thüringen und ganz Ostdeutschland haben mich dazu bewegt, noch mehr tun zu müssen. Denn hier ist es schlimmer als im Westen.

In den 70er und 80er Jahren habe ich mich an vielen Aktionen beteiligt und organisiert, aber im Vergleich zu hier gingen und gehen Massen gegen die Rechtsentwicklung auf die Straße. Bezeichnend ist, dass am 13. Mai 2006 in Göttingen mehr als 6.000 Menschen, initiiert vom DGB mit breitem Bündnis, gegen den Neonazismus demonstriert haben. Es haben sich Menschen jeden Alters aus fast allen Gruppen beteiligt. Während sich hier, obwohl mehr rechte Gewalt vorhanden ist, nur ein minimaler Teil der Gewerkschaftsmitglieder daran beteiligt. Eine der wenigen guten Ausnahmen war der 16. Ratschlag gegen Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus, an dem sich der DGB und die Einzelgewerkschaften IG Metall und ver.di, die Evangelische Kirche und viele andere Initiativen und Gruppen unterstützt und beteiligt haben.

Das Diskriminierungsbewusstsein ist in Westdeutschland und auch in den anderen Ländern massiv vorhanden. Dass aber in Ostdeutschland, trotz wesentlich geringerem nichtdeutschen Bürgeranteil, mehr Gewalt und Rechtsextremismus existiert, ist das Ergebnis der Tatenlosigkeit der absoluten Mehrheit der Bürger, Parteien und auch der nicht-rechtsextremen Gewerkschaftsmehrheit.

Antifaschistisches Engagement ist auch in einem Staat mit demokratischer Verfassung alles andere als selbstverständlich und auch nicht gefahrlos. Du hast Ende der 90er Jahre die Erfahrung machen müssen, dass die rechte Szene dich persönlich bis hin zu Morddrohungen verfolgt hat, weil du Demonstrationen gegen die Eroberung öffentlicher Räume durch die Neonazis mitorganisiert hattest. Damit nicht genug: Sogar den Amtsträgern der sog. „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ schien dein Engagement als Bedrohung. Der thüringische Verfassungsschutz setzte damals einen Neo-Nazi als Spitzel auf dich an, ermunterte die Nazis zum Eintritt in die Gewerkschaften und ließ deine private Adresse auch an nicht wohlmeinende Interessenten auf Flugblättern verteilen. Du hast damals einen Brief an den thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel geschrieben, in dem eine offizielle Stellungnahme und Konsequenzen dazu eingefordert werden.



Abb. 22: Mahngang auf dem 16. Antifa-Ratschlag am 11.11.06 in Pössneck (Thüringen)

Foto: A. Lucifero

Hast du eine Antwort auf deinen Brief bekommen? Gab es irgendwelche Konsequenzen aus der aufgeflogenen Kooperation von Neonazikadern mit offiziellen Stellen der thüringischen Landesregierung? Hast du den Eindruck, dass es ernsthafte Versuche der Rechtsextremen gibt, die Gewerkschaften zu unterwandern?

Eine Antwort habe ich nicht bekommen. Die faktische Antwort der Landesregierung aber auch von einem Teil der „Opposition“ ist, dass ich als gewaltbereiter Linksextremist denunziert werde, vom Verfassungsschutz bespitzelt werde und mittlerweile zweimal von der Polizei niedergeschlagen wurde. Das Ergebnis: meine Anzeigen werden von der Staatsanwaltschaft eingestellt, und es kommt eine Gegenanzeige, wo mir 6.000 Euro Geldstrafe, ersatzweise 60 Tage Gefängnis, angedroht wurden. Nun habe ich wieder zwei Anzeigen von den Ordnungsämtern. Und was ist mein Verbrechen? Ich habe wieder mit Musik, nicht mit Gewalt, Naziaktion gestört. Bezeichnend ist, dass alle Parteien im Thüringer Landtag sich auf Maßnahmen gegen Extremismus geeinigt haben, nämlich eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus.

Damit schaffen sie eine Verharmlosung des Neonazismus.

Das Verhalten der Gewerkschaften – eine Verallgemeinerung ist falsch – ist sehr unterschiedlich. Als ich Ende der 90er Jahre von der Landesregierung wegen der Antifa-Aktionen gegen die „National befreite Zone“ in Saalfeld wieder mal kriminalisiert wurde, hat die Gewerkschaft HBV die Bundesvorstandssitzung nicht in Düsseldorf, sondern in Erfurt durchgeführt, öffentlich sich gegen die Maßnahmen der Landesregierung geäußert und ein Streitgespräch mit dem Innenministerium durchgeführt.

Heute kann ich so etwas leider nicht erleben. Bezeichnend ist auch, dass in einigen Gewerkschaften die MigrantInnen nicht wie andere Personengruppen Satzungsrechte haben.

Außerdem gibt es keine hinreichend eindeutige Regelung, dass Rechtsextremisten in der Gewerkschaft nicht als Mitglied geduldet werden.

In Kooperation mit Ehrenamtlichen, und als Ergebnis des Kontaktes mit der Gewerkschaft AGB/CGIL in Südtirol, haben wir daher einen Antrag an die anstehenden ver.di-Konferenzen gestellt, Personengruppen „Migration“ auf allen Ebenen einzurichten sowie folgende Satzungsregelung aufzunehmen:

„Angehörigen von Geheimbünden, Verbrecherorganisationen, faschistischen, nazistischen, rassistischen und/oder antisemitischen Organisatio-

nen und Menschen mit entsprechenden Haltungen wird eine Aufnahme verweigert, bei Bekanntwerden dahingehender Aktivitäten erfolgt der sofortige Ausschluss.“

Ob es ernsthafte Unterwanderungsversuche durch die Rechten gibt, kann ich nicht einschätzen. Eintrittsversuche von Neonazis kenne ich nur aus den 90er Jahren, was wir immer verhindern konnten. Aber die Entwicklung der Gewerkschaften ist auch ohne Unterwanderung von organisierten Rechtsextremen gefährdet. Denn rassistische und antisemitische Philosophien dringen auch in Teile so genannter linker Parteien und in die sozialen Bewegungen ein.

Unsere Studie hat ergeben, dass insbesondere in Westdeutschland wichtige Gruppen wie die organisierten Facharbeiter stärker zu rechtsextremen Positionen neigen als die unorganisierte Vergleichsgruppe. Wir haben diese Beobachtung so gedeutet, dass ein Teil dieser gewerkschaftlichen Schlüsselgruppe damit nach Auswegen aus einer gesellschaftlichen Entwicklung sucht, die sie zu sozialen und politischen Verlierern zu machen droht. Entspricht das deinen Erfahrungen oder hast du andere Erklärungen?

Es gibt meines Erachtens ein wesentliches Element. Nämlich die Methode der angeblichen Einheitsgewerkschaft läuft allein darauf



Abb. 23: Antifa-Demo in Altenburg (Thüringen) am 20.5.06

Foto: A. Lucifero

hinaus, dass die ArbeitnehmerInnen, die bessere Arbeitsbedingungen und Rechtsschutz haben wollen, Mitglied sind. Andere Motive, nämlich gesellschaftliche Elemente, spielen kaum eine Rolle und gelten nur für eine geringe Minderheit der Gewerkschafter. In Ländern, wo es Richtungsgewerkschaften gibt, z.B. in Italien, findet man in den drei demokratischen Gewerkschaften - CGIL, CSIL, UIL - keine Rechtsextremen, aber es gibt ca. 1.5 Mio. Mitglieder mit rechtsextremen Haltungen in anderen Gewerkschaften.

Es gibt hier leider auch gewerkschaftliche Aussagen, die rechtsextreme Haltungen fördern, das ist aber eher die Ausnahme. Beispiel: Die falsche Umsetzung der berechtigten Kritik an die kapitalistischen Methoden wird nicht allein von so genannten „Linken“ betrieben, sondern auch von Gewerkschaftern. Die IG Metall, aber nicht nur sie, hat z.B. in ihrer Zeitung bei der Kritik des US-Kapitalismus antisemitische Symbole verwendet. Die Fortsetzung falscher Kritik am Kapital und an der Globalisierung arbeitet den Neonazis in die Hand.

Wie siehst du den Zusammenhang von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Entstehung rechtsextremer Milieus und Strukturen und wie könnte es gelingen, die zarten Pflänzchen mutiger Gegenwehr zu kräftigen?

Die aktive Gewerkschaftsjugend gehört zu dem Teil der Gewerkschaft, der sich gegen Rechtsextremismus am meisten wehrt. In Ostdeutschland beteiligt sich bei Antifa-Aktionen fast allein die Jugend. Auch wenn die rechtsextreme Haltung bei Jugendlichen mehr vorhanden ist, liegt die Ursache nicht bei der Jugend, sondern bei der fehlenden Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus.

Die Gewerkschaft könnte mit folgenden Faktoren den Widerstand stärken und Jugendliche, aber auch die Älteren, aus rechtsextremer Philosophie rausholen.

- Egal bei welchen Themen der Bildungsarbeit und gewerkschaftlichen Treffen - die richtigen wirklichen Ursachen der Ausbeutung und sozialen Ungerechtigkeit darlegen; Jugendliche in gewerkschaftliche Aktivitäten einbeziehen;
- kulturelle Elemente und Veranstaltungen ausbauen und staatliche Aufklärungsmaßnahmen in den Schulen stärken.

Obwohl ich ein alter Mann bin, gelingt es mir immer wieder, Jugendliche als Unterstützer gegen Rechtsextremismus zu gewinnen. Ein sehr wichtiges Element ist, dass man die kulturelle Hal-

tung und das Bewusstsein der Jugend respektieren muss und nicht den Anspruch haben darf, der „Lehrer“ zu sein. Man darf ihnen Aktionsformen nicht aufzwingen, sondern muss unter Berücksichtigung ihrer Anforderungen gemeinsam Aktionen entwickeln.

Ein zentrales Ergebnis unserer Studie ist: Libertäre und partizipative Orientierungen halten am ehesten Menschen davon ab, sich rechtsextrem zu orientieren. Damit stellt sich für uns die Frage: Wie können die vorhandenen gewerkschaftlichen Strukturen und der Alltag der Mitglieder so verändert werden, dass ihr Vertrauen wächst, selbst etwas entscheiden und verändern zu können? Wie können Gruppen von Lohnabhängigen, die sich zueinander in Konkurrenz befinden, ermutigt werden, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, statt nach dem Staat zu rufen, der ihnen die Konkurrenten vom Leib hält? Welche Erfahrungen hast du mit Kampagnen und anderen Aktionen gemacht, die die Selbsttätigkeit der Mitglieder fördern und ihre Ohnmachtsgefühle abbauen sollten?

Obwohl ich auf Grundlage der Erfahrungen seit der Wiedervereinigung eher pessimistisch bin, arbeite ich daran, dass die Basis der Gewerkschaften und die Funktionäre endlich begreifen, dass die



Abb. 24: Mahngang auf dem 16. Antifa-Ratschlag am 11.11.06 in Pössneck (Thüringen)

Foto: A. Lucifero

Gewerkschaft den Mitgliedern gehört und dass sie die Solidarität ernst nehmen.

Und ich ringe darum, ernst zu nehmen, dass der Mensch nicht von der gemeinsamen Flagge und dem Staat, sondern von der Einheit der Menschen lebt. Die Grundlagen für eine positive Entwicklung sind einerseits die Stärkung der Widerstandskultur und andererseits die Organisation internationaler Kontakte mit der Basis in anderen Ländern.

- Seit den 80er Jahren ist es mir als Gewerkschaftssekretär gelungen, Treffen mit der gewerkschaftlichen Basis aus Frankreich, Israel, Osteuropa und Italien zu organisieren – aktuell haben wir Kontakt mit der AGB/CGIL aus Südtirol und wollen die Treffen mit den aktiven DGB-GewerkschafterInnen aus Thüringen, mit AGB/CGIL Südtirol und GewerkschafterInnen aus Osteuropa ausbauen. Bei jedem Treffen habe ich glücklicherweise erfahren können, dass die Mehrheit der TeilnehmerInnen versucht, positive Elemente aus den „Nachbar“-Gewerkschaften umzusetzen, und engagiert daran arbeitet, die antinationalistische Widerstandskultur zu stärken.¹
- Das zweite wichtige Element, was wir mit Hilfe eines US-Amerikaners organisieren, ist das Schaffen echter Kampagnen, nämlich Organizing, und als zusätzliche Hilfe die Zukunftswerkstätten.

Kampagnen in unserem Sinne sind nämlich nicht allein schöne Plakate, Medienarbeit und Ähnliches, sondern Basisarbeit. Nämlich, mit den Betroffenen Aktivitäten und Forderungen zu entwickeln. Die Umsetzung dieser gewerkschaftlichen Arbeitsweise hat erreicht, dass ein Teil der Thüringer Gewerkschaftsmitglieder im Gegensatz zu den meisten KollegInnen aus den anderen Ex-DDR-Landesbezirken sehr engagiert sind und selbst KollegInnen im Armutslohn nicht nach dem Sündenbock suchen, sondern sich gegen die wirklichen Täter wehren und sich zum Beispiel an der Übergabe der „Goldene Nase“ an unfaire Unternehmen beteiligen – siehe www.gegenbilliglohn.de – und die Mindestlohnkampagne schon seit vier Jahren aktiv betreiben, aber leider kaum Unterstützung von anderen Thüringer Fachbereichen in ver.di bekommen.

Meines Erachtens ist die Rechtsentwicklung nur zu stoppen, wenn gesellschaftliche Aktivitäten zur Grundregel der Gewerkschaften werden, wenn die Abhängigkeit vom Staat und den Parteien grundsätzlich demontiert wird und endlich begriffen wird, dass wir in Ost und West anders als vor der Wende in einer gewöhnlichen kapitalistischen Gesellschaft leben.

Romana Dietzold, Studentin der Politikwissenschaft und Teamerin in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Du bist in Leipzig geboren und hast dort im Jahr 2000 Abitur gemacht. Am Ende des Gymnasiums hast du dich als Teamerin und Trainerin im Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. engagiert und dort antirassistische Tagesseminare konzipiert und geleitet. Wie kam es zu diesem Engagement? Wie hast du als Jugendliche die sächsische Naziszene erlebt und wie hat dich das politisch sozialisiert?



Abb. 25: Bundesweite antifaschistische Demonstration am 8. Mai 2005 in Berlin
Foto: Umbruch-Archiv

Zu „Courage“ bin ich über einen guten Freund gekommen. In meinem Freundeskreis war es gängig, gegen Nazis zu sein. Der besagte Kumpel hat damals die Courage-Tage mit konzipiert und mich kurz darauf gefragt, ob ich nicht Lust hätte, die anti-rassistischen Tage an Schulen zu teamen. Und da ich mal mehr machen wollte, als Aufrufe zu schreiben und Demos zu organisieren, sondern mit Jugendlichen arbeiten, habe ich das Angebot dann wahrgenommen.

Die sächsische Nazi-Szene habe ich in der Zeit auf zwei Ebenen wahrgenommen. Zum einen natürlich die organisierten Nazis, die mir auf Demos und durch den tagtäglichen Terror in Sachsen begegnet sind. Die andere Ebene war der ganz alltägliche rassistische Wahnsinn, der mir insbesondere in den Projekttagen immer wieder begegnet ist – selbst normale Leute oder Lehrer und Lehrerinnen, die in keinster Weise wie Nazis aussahen, aber trotzdem den gleichen nationalistischen und rassistischen Kram im Kopf hatten. Das hat mich im Laufe der Zeit schon erschrocken. Für mich hat das damals aber auch bewirkt, dass ich nicht nur bei Demos und Aktionen Widerstand gegen Nazis leisten wollte, sondern auch mit Leuten außerhalb meines eigenen sozialen Umfelds arbeiten wollte, um diese gegen die Gefahr von Rechts zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

Hattest du bereits in deiner Gymnasialzeit Kontakte mit gewerkschaftlich orientierten Gruppen oder ergab sich das erst danach? Die meisten Jugendlichen, die sich gegen Nazis zur Wehr setzen, machen dies, jedenfalls im Westen, eher in linksautonomen Gruppen. Wie kam es zu der Verbindung aus antifaschistischem Anliegen und gewerkschaftlichem Engagement?

Originär habe ich auch in einer linksautonomen Gruppe angefangen, Anti-Nazi-Politik zu machen – das war eine Antifa-Jugendgruppe in Leipzig. Mein erster Kontakt mit Gewerkschaften war im Alter von 16 Jahren im Rahmen eines Anti-Nazi-Bündnisses, in dem in Leipzig auch die IG Metall vertreten war. Zum anderen war mir die Bedeutung von Gewerkschaften aber auch aus einer kapitalismuskritischen Sicht bewusst geworden. Die Entstehung von Rassismus und anderen Diskriminierungsformen hängt eng mit der Konkurrenz von abhängig Beschäftigten im Kapitalismus zusammen. Mit 17 bin ich dann erst in die ÖTV eingetreten und kurz danach zur IG Metall gewechselt. Innerhalb der IG Metall

habe ich die Chance genutzt, meine Erfahrungen in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit einzubringen.

Welche Erfahrungen hast du in den antirassistischen Bildungsseminaren machen können? Welche Schwerpunkte habt ihr gesetzt, um Jugendliche gegen die Propaganda der Neonazis zu immunisieren? Wie seid ihr damit umgegangen, dass die Rechten so tun, als haben sie die soziale Frage entdeckt und zunehmend auch Forderungen der Linken kopieren?



Abb. 26: Antinazi-Demo in Berlin Foto: M. del Pra/Umbruch-Archiv

Mit den antirassistischen Projekttagen mit Schülern und Schülerinnen haben wir verschiedene Ziele verfolgt. Zum einen galt es, überhaupt erstmal eine nicht-rechte Gegenposition anzubieten, die es in vielen Gegenden und Schulen überhaupt nicht mehr gibt. Nur dann können sich Jugendliche auch inhaltlich damit auseinandersetzen und entscheiden. Meine Devise: Das beste Mittel gegen Nazis ist immer noch eine starke antifaschistische Jugendkultur. Zum zweiten ging es in den Projekttagen aber auch ganz konkret um die Situation von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten, um fehlendes Wissen zu liefern und Empathie für die von rechten Vorurteilen Betroffenen herzustellen. Last but not least haben wir den Jugendlichen aber auch Argumente gegen alltägliche rassistische Vorurteile an die Hand gegeben.

Dem Problem, dass sich Nazis ganz selbstverständlich als einen Teil der sozialen Bewegung gegen Hartz IV sehen und beispielsweise auf Demos gehen und die Abschaffung von Hartz IV fordern, lässt sich nur begegnen, indem unsere Forderungen gegen Rechts geschärft werden. Trotz der vermeintlich ähnlichen Forderung nach der Abschaffung von Hartz IV liegt bei Nazis und rechten Ideologen ein gänzlich anderes Welt- und Menschenbild zugrunde. Das von ihnen genannte Ziel der Volksgemeinschaft verbindet die bekannten Elemente extrem rechten Denkens: völkischen Nationalismus, Rassismus, Autoritarismus und Antisemitismus.

Eine Reaktion auf die nationalistischen und rassistischen Phantasien der Nazis kann nur in der konsequenten Solidarisierung z.B. mit MigrantInnen liegen sowie im Kampf um weltweite Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen. Gegen kapitalistische Verwertungslogik ist nur das solidarische Miteinander unabhängig von Hautfarbe, Herkunft und Geschlecht aussichtsreich. Manchmal reicht dann eben „Weg mit Hartz IV“ nicht aus, sondern es muss auch um Bleiberechte für Flüchtlinge gehen. Diesen inhaltlichen Weg habe ich auch versucht, in den Klassen klar zu machen.

Welche Erfolge konntet ihr erzielen, und wo war es schwierig gegenzuhalten?

Ein Erfolg ist auf jeden Fall, dass das Thema Rassismus und Nationalismus in vielen Gegenden oder Schulen mehr Gewicht bekommen hat. Oft habe ich einen Projekttag auch als erfolgreich empfunden, wenn es nicht-rechte oder linke Jugendliche in den Klassen gab, die wir durch unseren Projekttag stärken konnten.

Als Probleme würde ich mittlerweile bezeichnen, dass ein einzelner Projekttag keine komplette Sozialisation oder kein ganzes Umfeld ersetzen kann. Den Courage-Tagen fehlt Nachhaltigkeit in dem Sinne, dass gleichzeitig beispielsweise auch Seminare mit den Lehrerinnen und Lehrern an der Schule gemacht werden oder dass es nicht-rechte Anlaufstellen und Angebote für Jugendliche in der Gegend gibt.

Und ganz allgemein ist es nun mal schwierig, rechten Vorurteilen entgegenzuhalten – die lassen sich nicht mit Zahlen, Daten, Fakten und rationalen Strategien überzeugen. Bei Vorurteilen geht es immer um Identität, um eigene Stärke und eigene Stellung als Individuum. Da sind die Fragen von Ängsten viel wichtiger – aber auch viel schwieriger zu thematisieren. Rassismus ist Folge einer ökonomischen und sozialen Konkurrenzsituation – die meisten antirassistischen Bildungsangebote thematisieren jedoch Rassismus ohne ökonomische Einbettung. Das ist meiner Meinung nach ein fatales Defizit. So wurde teilweise argumentiert, dass Migrantinnen und Migranten ja gar nicht die „Arbeitsplätze klauen“ können, weil sie Jobs machen, die die meisten Deutschen nicht machen wollen. Das ist ein Argument, das Rassismus sogar noch verstärkt, weil es eine soziale Hierarchie und Minderwertigkeit gutheißt.



Abb. 27: Demo „Kein Kiez für Nazis“ 2006 in Berlin

Foto: Mike/Umbruch-Archiv

Unterscheidet sich nach deiner Erfahrung die rechte Szene im Osten vom Westen und wenn ja, welche Konsequenzen sollten daraus gezogen werden?

Die Trennung zwischen Ost und West führt in der politischen Diskussion leider oft dazu, dass die rechte Szene im Westen unterschätzt wird. Deswegen will ich an der Stelle erstmal Wert darauf legen, dass sich Gruppen, Klamotten, Konzerte etc. eigentlich nicht viel unterscheiden und die Situation im Westen nicht deshalb als entspannt bezeichnet werden kann, nur weil es im Osten in vielen Gegenden noch schlimmer ist. Unterschiede gibt es dahingehend, dass es im Westen ein regulierendes gesellschaftliches Umfeld gibt, also eine gewisse ökonomische Sicherheit, aber auch Parteien, MigrantInnen-Organisationen und Gewerkschaften, die lange dafür gesorgt haben, dass sich extrem rechte Einstellungen nicht sofort auf dem Wahlzettel ausgedrückt haben. In Bayern ist das rechts-extreme Einstellungspotential etwa so hoch wie in Sachsen – gewählt wird aber mit über 50 Prozent die – gesellschaftlich anerkannte – CSU. Im Osten ist das Umfeld williger und die etablierten Organisationen wie z.B. Gewerkschaften oder Parteien besitzen keine Stärke und Flächendeckung, so dass sich das extrem rechte Einstellungspotential mittlerweile auch deutlich in der Vertretung in den Parlamenten abbildet.

Im Osten wurde nach der Wende in vielen Gegenden unterschätzt, wie stark und schnell sich rechte Strukturen ausbreiten können, vor allem mit der Schwächung der linken Szene in den 90er Jahren. Und nicht zuletzt kooperieren die extrem rechten Gruppen und Organisationen im Osten stärker miteinander. Der Wahlkampf der NPD in Sachsen war an der Basis insbesondere auch durch Kameradschaften getragen – das gemeinsame Ziel war dominant gegenüber den Unterschieden.

Was sind die Konsequenzen daraus? Nun ja, innerhalb der Bildungsarbeit sollten meiner Meinung nach die gleichen Grundsätze gelten – nicht-rechte Positionen fördern, Solidarität mit Opfern herstellen, soziale und ökonomische Konflikte als Konflikte innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft interpretieren und nicht als ethnisch beladene und rassistische Auseinandersetzungen. Im Westen ist das manchmal etwas einfacher, weil eine gewerkschaftliche Organisation etwas „normaler“ ist als im Osten. Wenn Jugendliche begreifen, dass sie ihren Ärger und Frust darüber, keinen guten Ausbildungsplatz bekommen zu haben und eine schlechte Jobperspektive zu

haben, nicht auf Migrantinnen und Migranten loslassen sollen, sondern auf die Unternehmen, die keine guten Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, dann haben wir schon mal eine Menge gewonnen. Im Zuge des sich durchsetzenden neoliberalen Mainstreams wird jedoch auch das nicht unbedingt einfacher.

Gesamtgesellschaftlich muss es differenziertere Konsequenzen geben. Das beste Mittel gegen Nazis sind immer noch verankerte nicht-rechte gesellschaftliche Strukturen wie Jugend-Antifas, linke



Abb. 28: *Es gibt Wichtigeres im Leben als Nazis – Bundesweite antifaschistische Demonstration am 8. Mai 2005 in Berlin*

Foto: Umruch-Archiv

Jugendclubs, Gewerkschaften etc. Diese werden die Konkurrenzmechanismen zwar nicht komplett beseitigen, aber ihre gesellschaftlichen Auswirkungen deutlich mindern. Um ökonomische und soziale Konkurrenz und die sich darauf aufbauenden rassistischen und nationalistischen Diskriminierungsformen komplett zu beseitigen, müssten wir schon über ein anderes Gesellschaftssystem reden. Das fände ich als langfristiges Ziel durchaus anstrebenswert.

Ist die Situation an den Berufsschulen und Gymnasien grundsätzlich verschieden oder äußern sich die Fronten nur anders?

Es gibt ja Untersuchungen, die besagen, dass Leute mit höherem Bildungsabschluss weniger extrem rechtes Einstellungspotential aufweisen. Das ist auch logisch, weil sich in Gymnasien Leute mit einem ganz anderen ökonomischen und sozialen Hintergrund sammeln. Wenn die Eltern wohlhabend sind, haben die Leute unter Umständen auch weniger Perspektivängste oder ökonomischen Druck. Gleichzeitig sind Gymnasien jedoch für die „Elitebildung“ zuständig und Jugendliche bekommen dieses elitäre Denken angeboten. Das reproduziert dann ggf. ein hierarchisches und unsolidarisches Menschen- und Gesellschaftsbild, in dem soziale Unterschiede okay sind.

In meiner persönlichen Wahrnehmung unterscheiden sich die beiden Schulformen jedoch vor allem an den Ausdrucksformen von rechten Vorurteilen – an Gymnasien können die Leute im allgemeinen besser reden und diskutieren mehr mit dir über ihre Vorurteile. Das sorgt unter Umständen dafür, dass Vorurteile intelligenter verpackt werden. An Berufsschulen stellt sich die Situation oft viel differenzierter dar – in den Klassen finden sich alle Bildungsabschlüsse und oft auch nicht wenige Leute mit Abitur. Die Ausbildungsplatzsituation, die Jobperspektive aber auch Mitbestimmungsmöglichkeiten und Solidarität im Berufsleben prägen jedoch viel stärker das politische Meinungsgefüge als der Schulabschluss.

Unsere Studie belegt, dass auch Mitglieder der deutschen Gewerkschaften sich auf rechtsextremistische Argumentationsmuster einlassen und es dringend erforderlich ist, die ideologischen Mechanismen zu verstehen, die das möglich machen. Wo siehst Du die zentralen Punkte in der offiziellen Gewerkschaftspolitik, die kritisch unter die Lupe genommen werden sollten? Welche Konsequenzen ergeben sich für das gewerkschaftliche Selbstverständnis und für die Austragung sozialer Konflikte?

Zunächst ist mir durch die Studie klar geworden, wie sehr sich die aktuelle Schwäche der Gewerkschaften auf unsere Mitglieder auswirkt. Es gab ja schon immer Mitglieder mit extrem rechten Einstellungen, aber aktuell ergibt sich das Bild, dass insbesondere unsere Mitglieder in der so genannten „Mittelklasse“, die also ökonomischen und sozialen Status zu verlieren haben, für extrem rechte Argumentationsmuster anfällig sind. Die Gründe dafür, dass sie etwas zu verlieren haben, sind vielfältig: von der abnehmenden Flächendeckung von Tarifverträgen über eine zunehmende Prekariisierung von Arbeitsverhältnissen bis hin zu Hartz IV – all diese politischen und ökonomischen Veränderungen sind gleichzeitig Effekte der gewerkschaftlichen Schwäche, so dass aus der fehlenden sozialen Sicherheit heraus Konkurrenzmechanismen rassistisch besetzt werden.

Um dieser Entwicklung ideologisch etwas entgegen zu setzen, müssten sich die deutschen Gewerkschaften stärker als bisher als kämpferische Vertretung aller abhängig Beschäftigten verstehen. Dazu gehören eben auch die gesellschaftlichen Gruppen, die bisher eine nur geringe Lobby innerhalb von Gewerkschaften haben: Er-



Abb. 29: Jeder Jugendliche, der uns auf dem Schulhof seinen Mitgliedsausweis vorzeigt oder an dem Tag in die Gewerkschaft eintritt, erhält von uns ein Schlüsselband mit der Aufschrift „Kein Sex mit Nazis“.

Foto: D. Wittmer/DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

werbslose, außerbetriebliche Auszubildende, prekär Beschäftigte, Leute in kleinen Unternehmen etc. Nur wenn wir in diesen Bereichen wieder Präsenz zeigen und Gestaltungsmacht gewinnen, können wir auch den verunsicherten Bevölkerungsschichten Handlungsoptionen und Identifikationsmöglichkeiten anbieten. Das erreichen wir als Gewerkschaften durch ein geändertes Selbstverständnis, eine stärkere Beteiligungsorientierung an der Basis und in den Betrieben sowie eine andere Ressourcenverteilung – jedoch bestimmt nicht durch teure, von Agenturen konzipierte Kampagnen, die an den Leuten und unseren Mitgliedern vorbei gehen.

Eine kämpferische Vertretung aller abhängig Beschäftigten zu sein, heißt aber auch ein anderes Selbstverständnis internationalistischer Gewerkschaftspolitik durchzusetzen. Die aktuellen Abwehrkämpfe zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten auf Kosten von Arbeitszeiten und sozialen Standards setzen global Beschäftigte unter Druck und fördern noch dazu das nationalistische Konkurrenzdenken. Der gemeinsame, globale Kampf gegen die Erpressungs- und Ausspielungsmechanismen von Unternehmen muss dringend ausgebaut werden – internationale Arbeit ist keine Spielwiese, sondern zukunftsnotwendig.

Zusammengefasst ist mein Eindruck, dass die deutschen Gewerkschaften immer noch daran knabbern, dass die Sozialpartnerschaft von Seiten der Unternehmen aufgekündigt wurde. Nur, wenn das so ist – und ich kenne es aufgrund meines Alters nicht anders – dann sollten wir langsam den Mut haben, entsprechend darauf zu reagieren und genauso kämpferisch und unversöhnlich unsere Interessen durchsetzen, wie die Unternehmen es derzeit tun. Zurzeit scheinen sich die deutschen Gewerkschaften noch nicht entscheiden zu können, ob sie sich als Serviceorganisationen verstehen oder als kämpferische Interessenverbände auf Basis gemeinsamer, solidarischer Werte. Ich hoffe, diese Auseinandersetzung wird möglichst schnell zugunsten der politischen Wertegemeinschaft entschieden.

Florian Osuch, Ingenieurstudent und antifaschistischer Gewerkschafter

Florian, mit 14 gehörtest du zu den „Falken“ und wurdest Mitglied der Berliner Jugendantifa-Gruppe „Edelweißpiraten“. Was hat dich damals dazu bewogen dort mitzumachen?

Für mein Eintreten in die Jugendantifa-Bewegung waren die Ereignisse der frühen 90er Jahre prägend. Während einerseits jedes Wochenende Flüchtlingsheime brannten und Ausländer durch ost- wie westdeutsche Städte gejagt wurden, wurde das Asylrecht mit den Stimmen der SPD faktisch abgeschafft. Das Jahr 1992 – da war ich gerade 14 Jahre alt – war doch entscheidend. Mit dem mehrtätigen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen und den Morden von Mölln erreichte der Nazi-Terror einen Höhepunkt. Als dann in Berlin der junge Antifaschist Silvio Meier von Neonazis ermordet wurde, lag für viele alternative und linke Jugendliche der Weg in Antifa-Jugendgruppen nah. Für mich als Wessi war die Bedrohung nicht so akut, aber meine Freunde, die damals Schulen in Ostberlin besuchten, wurden eingeschüchtert und nicht nur einmal verprügelt.

Wo liegen die Haupteinflussbereiche für Neonazigruppen bei Jugendlichen und wie versucht ihr, ihnen den Einfluss streitig zu machen?

Nach Jahren der antifaschistischen Jugendarbeit sehe ich ein großes Potential an „rebellischen“ Jugendlichen, die sich pauschal über soziale Missstände, Umweltzerstörung, Armut und Ungerechtigkeit empören. Die meisten äußern sich dabei natürlich links. Und hier muss man den Neonazis bescheinigen, dass sich einige diesem „Rebellisch sein“ angepasst haben. Die soziale Lage in Ostdeutschland ist in der Regel katastrophal. Den Jugendlichen stinkt die Politik von CDU/SPD/FDP/Grüne. Das war früher – unter Kohl – anders. Da war jede Jugendrebellion automatisch links, weil gegen eine konservative Regierung. Diese Grenzen verwischen sich heute. Schröder und Fischer haben doch ihre christdemokratischen Vorgänger in allen Belangen rechts überholt: Kriegseinsätze, Sozialabbau, Überwachungs- und Polizeistaat und Forcierung einer brutalen Ellenbogengesellschaft. Gepaart mit einer nationalistisch aufgeblähten Standortdebatte – leider auch durch Teile des DGB unterstützt – sowie mit einem vor allem im Westen noch immer tief verwurzel-

ten Antikommunismus, entwickelt sich eine Ideologie, die ich als rechtsextrem bezeichnen würde.

Wenn dann jetzt ein redegewandter NPD-Jungaktivist oder ein Kameradschafts-Aktivist sagt, dass man sich wehren muss und Deutschland wieder in Deutschland erkennbar sein muss, stehen die Leute doch Schlange bei ihnen. Ich bin mir ja nicht mal sicher, ob der Spruch „Deutsche zuerst!“ von CDU, NPD oder der SPD geprägt wurde. Im Zweifel aber natürlich die NPD.

Nazis müssen als das benannt und so behandelt werden, was sie sind: Nazis. Mit Nazis wird noch viel zu oft geredet, die Toleranzschwelle zum Diskutieren ist noch viel zu gering. Und leider fehlt diese radikale Abgrenzung.

Bekanntlich hat die rechte Szene ganz in der Tradition ihres historischen Vorbilds die „soziale Frage“ entdeckt, kopiert und verfälscht linke Forderungen und maskiert sich mit der politischen Kultur der Antifa. Wie setzt ihr euch damit argumentativ auseinander?

Mit Nazis selber gibt's für uns ja nichts zu reden. Ideologisch wollen Neonazis uns ja ermorden, verschleppen oder einsperren. Für uns ist das Umfeld der Nazis ein Arbeitsfeld. So haben wir in den großen Sozialprotesten und den Montagsdemonstrationen im Jahr 2004 für ordentlich Wirbel gesorgt, als wir in Leipzig, Gera oder Dessau versucht haben, Rechte aus den Demos zu drängen. Da haben wir auch mit DGB-Vertretern lange Debatten führen müssen, warum gewerkschaftliche Kämpfe auch immer eine solidarisch internationalistische und antirassistische Komponente haben müssen. Da gibt es vor allem in Ostdeutschland große Defizite.

Mit 17 Jahren bist du Gewerkschaftsmitglied geworden und engagierst dich seitdem auch im gewerkschaftlichen Rahmen gegen Rassismus und Faschismus. Was reizt dich an der gewerkschaftlichen Arbeit?

In erster Linie bin ich ja Linker und da ist mein Antifa-Engagement eigentlich nur ein Teil davon. Man muss sich nicht sehr tief mit den Phänomenen Rassismus und Faschismus beschäftigen, um schnell auf ihre Wurzeln zu kommen. Diese liegen im auf Ausgrenzung basierten Kapitalismus. Der Mensch zählt nicht, nur seine Leistung. Wer da nicht mitmacht - oder durch die völkische Komponente nicht mitmachen soll - stört den Alltagsbetrieb.

Und hier setzten die Gewerkschaften historisch ja auch an. Der arbeitende Mensch - bzw. heute auch der studierende oder erwerbslose Mensch - steht mit seinen Wünschen und Bedürfnissen im Mittelpunkt, gegen Kapital und Leistungsdruck. Mir geht es um die Entwicklung von Jugendlichen zu verantwortlichen, solidarisch denkenden und handelnden Menschen. Konkret im Alltag bedeutet dies, dass man die Menschen motivieren soll, sich selbst zu engagieren und sich zu wehren!

Du bist in der DGB-Berufsschultour engagiert. Welche politischen Orientierungen gibt es heute bei den Berufsschülern und wie nehmt ihr darauf Einfluss?

Was mich wirklich erschüttert ist, dass nach wie vor Azubis ausgebeutet, erniedrigt oder gedemütigt werden. Gerade in Branchen mit vielen Klein- oder Handwerksbetrieben ist die Situation zum Teil katastrophal. Immer wieder trifft man auf Situationen, wo man eigentlich die Polizei rufen müsste, weil alle arbeits- und ausbildungsrechtlichen Bestimmungen verletzt werden. Es kommt auch noch vor, dass Azubis geschlagen oder zu Arbeiten gezwungen werden, die für ihre Gesundheit und ihren Körper schädlich sind. Hintergrund ist, dass die Azubis eingeschüchtert und verängstigt sind. Man buckelt, überarbeitet sich und ist noch froh, nicht als „Sozial-schmarotzer“ zu gelten. Durch die Stigmatisierung von Hartz-IV-EmpfängerInnen und die ewige Debatte über Menschen, die dem Staat auf der Tasche liegen würden, betrifft das gerade Jugendliche.

Gleichzeitig ist die Ungerechtigkeit schon für Azubis so offensichtlich, dass das Gros der Jugendlichen natürlich von selber auf den Widerspruch von Kapital und Arbeit kommt. Leider ist es der schwerste Teil, dann den Schwenk zu schaffen, dass es auf jeden einzelnen ankommt. Gewerkschaften sind zwar eine kollektive Interessenvertretung. In Alltagsfragen sind es jedoch oft Initiativen von einzelnen, die eine JAV gründen wollen oder sich gegen miese Ausbildungsverhältnisse zur Wehr setzten.

Unsere Studie belegt, dass auch Mitglieder der deutschen Gewerkschaften sich auf rechtsextremistische Argumentationsmuster einlassen und es dringend erforderlich ist, die ideologischen Mechanismen zu verstehen, die das möglich machen. Wo siehst du die zentralen Punkte in der offiziellen Gewerkschaftspolitik, die kritisch unter die Lupe genommen werden sollten? Welche Konse-

quenzen ergeben sich für das gewerkschaftliche Selbstverständnis und für die Austragung sozialer Konflikte?

Es sind meiner Meinung nach zwei zentrale Fragen:

1. Inwieweit schaffen es die Gewerkschaften, eine konsequent nicht-rechte bzw. klar antirassistische Politik zu fahren, die alle Belange und alle Äußerungen einschließt?
2. Gewerkschaften müssen sich explizit links positionieren, weil dies letztlich der beste Kampf gegen Rechtsextremismus ist.

Zur ersten Frage gibt es noch großen Bedarf nachzusteuern. Es fehlt ja vor allem an einer ausgefeilten Ausrichtung, die über antirassistische Formeln in Satzungen hinausgeht. Das bedeutet eine radikale Kritik an der nationalistischen Standortlogik bzw. immer eine solidarische Bezugnahme auf Streikende in anderen Ländern. Natürlich ist das schwierig, weil die Gewerkschaften ja nationale Verbände sind und die Interessen von in Deutschland beschäftigten ArbeiterInnen vertreten.

Jede Aktion, jede Kampagne sollte dahingehend überprüft werden, ob sich darin nicht Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Positionen finden könnten. Ich denke da z.B. an die „Anti-Schwarz-Arbeit-Kampagne“ der IG BAU. Im Grunde eine super Sache, die jedoch darin gipfelte, dass deutsche Arbeiter ihre in die Illegalität gedrängten Kollegen aus Serbien, Mexiko oder Pakistan bei der Ausländerpolizei anschwärzten. Da war offensichtlich, dass auf der Funktionärebene etwas geschlafen wurde bzw. dass antirassistische Einstellungen noch zu wenig präsent sind (oder waren).

In der Frage nach Arbeitsschutzbestimmungen sollten Gewerkschaften auch die Hunderttausende MigrantInnen ohne regulären Aufenthaltsstatus mit einbeziehen. Das sind ja nicht nur die allerletzten in der kapitalistischen Verwertungskette, es sind auch diejenigen, die am ehesten eine Lobby bräuchten. Da müssten sich jedoch der DGB bzw. die Einzelgewerkschaften erstmal selbst eine Meinung zu erarbeiten, bevor sie sich an so ein Thema wagen. Denn eins ist klar: Wenn eine Gewerkschaft auch eine Organisation von „illegalen“ ArbeiterInnen oder ausländischen Putzhilfen wäre, würde sie auch nicht mehr attraktiv für Rechte sein. Sie wäre ein wahre Klassenorganisation, die dann wirklich nicht auf Pass und Aufenthaltsstatus schaut.

Die zweite Frage ist ähnlich knifflig. In Deutschland haben wir offiziell keine Richtungsgewerkschaften, obwohl unsere Tradition natürlich in der kommunistischen oder sozialistischen Arbeiterbe-

wegung liegt. Und natürlich es gibt ja auch christliche oder eher konservative Arbeitnehmervertretungen.

Aus meiner mehrjährigen Tätigkeit in Antifagruppen bin ich der festen Überzeugung, dass der beste und effizienteste Kampf gegen rechts eine eigene linke Politik ist. Jeder weiß, dass es dort wenig oder keine Nazis gibt, wo es linke Strukturen gibt. Und da kommt den Gewerkschaften eine verantwortungsvolle Aufgabe zu. Denn sie sind politischer Faktor in der Gesellschaft, ohne eine Partei zu sein. Dieses „außerparlamentarische“ Element wird jedoch oft vernachlässigt. Gewerkschaften, ihre Mitglieder und ihre Funktionäre müssen rein in die Gesellschaft. Rein in die sozialen Kämpfe vor Ort. Das klappt in Berlin, Nürnberg, Stuttgart oder Hamburg vielleicht ganz gut. Wir sind kein Anhängsel der SPD, sondern müssen eine linke außerparlamentarische Kraft sein, die ihre Interessen durch Druck auf der Straße, in den Betrieben, vor dem Arbeitsamt oder in der Uni vertritt.

Um auf die Frage zurück zu kommen: es hängt noch viel zu oft von Einzelpersonen ab, ob sich Gewerkschaften an linken und antifaschistischen Kämpfen beteiligen. Da muss ein Umdenken in der Ausrichtung her. Konkret schlag ich vor, dass mal eine Rotation der Funktionäre beim DGB, bei ver.di oder der IG Metall stattfinden sollte. Man muss es selbst erleben, um zu verstehen, dass die Situation in Bitterfeld, Anklam, Nordhausen, Dessau, Schwedt, Rostock oder Angermünde eine komplett andere ist als in Tübingen, Lüneburg, München, Hanau, Düsseldorf oder Heidelberg. Da würde sich mancher West-Funktionär umgucken, wenn in der Berufsschule die Hälfte der Schüler nicht nur rechte Klamotten trägt, sondern auch rassistische Statements wie selbstverständlich abgibt.